

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. — Versammlungsbauzelgen kosten pro Seite 75 Pf. — Zeit- und Geschäftsauflagen werden nicht angenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Hausmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Amtslich in Bochum, Stenelhauser Straße 38-42, Telefon-Nr. 95 u. 89, Telegr.-Nr.: 11777 Bochum

Bergleute, Augen auf!

Mus gehen Nachrichten von zuverlässiger Seite zu, die uns veranlassen, die Bergarbeiter vor unehrlichen Elementen dringend zu warnen! Unter der Maske von „Kommunisten“, „Zwartzisten“, „Vollschweisten“ oder „Schlechtweg „Radikalen“ treten Verächtern in Versammlungen auf und agitieren innerhalb der Belegschaften zum vorkrieglichen „Loszschlagen!“

Wir können unseren Kameraden die bestimmte Versicherung abgeben, daß diese Vorkriegsleute mit der kommunistischen Partei, dem Spartakusbund, der sozialdemokratischen und unabhängigen sozialistischen Partei nichts zu tun, alle feindlichen Auftraggeber dieser Parteien haben!

Kameraden, achtet auf die verdächtigen Elemente, die sich an die Belegschaften herandrängen, in blutdürstigen vorkrieglichen Manövern! Niemand weiß, woher sie kommen, weshalb sind sie da, wenn ihre Absichten ausgegangen ist, verdrängen sie und lassen ihre Opfer im Stich!

Das sind die verdächtigen Vurschen, von denen auch „Spartakus“, Organ der kommunistischen Partei Deutschlands, schreibt:

„Dergleichen Elemente haben schon viel Unheil angerichtet und den Kampf des Proletariats geschädigt. Darum, Genossen, seht diesen Leuten scharf auf die Finger und stopft ihnen das Maul, wenn sie durch Verdächtigungen und Hetzerien die allgemeine Sache des Proletariats zu schädigen verlernen!“

Es handelt sich also nicht um wirkliche Kommunisten, Zwartzisten und Sozialisten, sondern es sind gemeingefährliche Elemente, die bewußt oder unbewußt im Dienste der Rückwärtsagitator stehen.

Wir wissen nun aus zuverlässiger Quelle, daß Vorkriegsleute von rechts bezahlte Spitzel in die Organisationen der linksparteilichen Arbeiter senden, um hier eine recht „radikale Stimmung“ zu erzeugen! Solche Spitzel haben es sogar verstanden, an leitende Stellen in den linksparteilichen Organisationen zu gelangen, kommen dadurch in die vertraulichen Konferenzen herein und verärgern den vorkrieglichen Parteien, was in formaleren Beratern und Beschäftigten wurde. Und ebenso verhält es sich mit den rechten Parteien, die in formaleren Beratern und Beschäftigten werden den Vorkriegsleuten überlassen, die geben die „Fretschöffe“ an die Regierung weiter und diese wird dann von den Feinden der Demokratie bestimmt. „Kommunisten“, „Zwartzisten“ und „Vollschweisten.“ So wird der Vorkriegsleuten als Vorkriegsleuten (Vorkriegsleuten) — und unzählige Volksgenossen fallen auf den gemeingefährlichen Spitzel herein.

Je näher der Tag der Reichstagswahl heranrückt, um so gewissenloser werden die Vorkriegsleute mit „Schrecksnachrichten aus den Industriebezirken“ arbeiten.

Kameraden, seht dann den Vurschen, die euch zum „Loszschlagen“, zu vorkrieglichen Verbrechen gegen das Volkswohl aufreizen wollen, seht diesen verdächtigen Elementen auf die Finger und stopft ihnen das Maul!

Je „radikaler“ sie auftreten, je weiter sie das Maul aufreißen, um so mehr ist Mißtrauen geboten.

Fällt nicht auf Anschläge und Flugzetteln herein, die euch zum „Generalstreik“ auffordern, sondern wandel euch, wenn solche Tricks verjagt werden, sofort an die Vertrauensleute eurer Organisation. Die werden euch die nötige Aufklärung geben. Man wird vielleicht die Anschläge oder Flugzetteln unterzeichnen mit „Verband“, „Gewerkbereich“, „Union“, „Betriebsrat“, „Zentralrat“ oder wer weiß sonst was.

Augen auf Bergleute, damit ihr nicht auf bezahlte Spitzelarbeit hereinfallt! Nur die Vorkriegsleute können für die Vorkriegsleuten einen „netten Putz“ brauchen. Lohet euch nicht durch eure schmutzigen Hände ins Garn laufen.

Auch für die Arbeiterorganisationen geht es bei der bevorstehenden Reichstagswahl ums Ganze. Befolmt der Reichstag eine kapitalistische Mehrheit, dann ist der Achtstundentag abgeschafft, die schon längere Bergarbeiterlich auf 10 und 12 Stunden verlängert werden! Mit dem Tarifverträgen und der Aufrücknung der Arbeiter- und Angestelltenverbände ist es dann zu Ende der rückwärtsläufigen kapitalistischen „Herr im Hause“ tritt wieder auf den Plan. Gewaltige Kämpfe um die Arbeiterrechte würden entfesselt. Auf Reichsberggesetz, ReichsKnappheitsgesetz, auf Sozialisierung des Bergbaues würde die kapitalistische Reichstagsmehrheit nicht einlassen.

Kameraden, ihr seht, daß alles, was wir seit dem Herbst 1918 erreichen haben, nun auf dem Spiele steht. Laßt euch darum von eurem Ziel nicht ablenken durch verdächtige Elemente, die hinter verschleierte „radikale“ Aufreizungen verbergen wollen, daß sie bezahlte Spitzel und Agent provocateurs der Vorkriegsleuten sind.

Zorgt vielmehr dafür, daß die schon durch solche Elemente leider irreführten Arbeitsbrüder schnell den Weg zum Bergarbeiterverband finden. Unser Verband ist parteipolitisch völlig neutral, er fragt nicht nach der parteipolitischen Stimmung seiner Mitglieder, nur das Verbandsstatut ist für uns maßgebend. Klärt die Belegschaftsmitglieder darüber auf, entzieht die irreführten Arbeitsbrüder dem Einfluß solcher höchst verdächtigen Vurschen, die im Dienste der Vorkriegsleuten Spitzeldienste leisten. Schart euch in gewaltig verstärktem Maße um die sturmerprobte Sache des Bergarbeiterverbandes!

Augen auf, Bergleute! Laßt euch nicht mißbrauchen zu reaktionärer Wankmache. Zorgt dafür, daß der Wahltag ein Siegstag des arbeitenden Volkes ist!

arbeiterlich und somit auf die für die Bergarbeiter so verhängnisvolle Tätigkeit des preussischen Dreiklassenlandtages zurückzuführen. Das Plutimeer steigt immer höher, die Massenkatzen greifen häufiger zu. Aber Besserung trat nicht ein, im Gegenteil, der preussische Dreiklassenlandtag wurde immer mehr zum herrschen Gott aller Gewalttätigkeit.

Die Bergarbeiternovelle von 1907, die als Folge des großen Bergarbeiterstreiks im Januar-Februar 1905 eingebracht wurde, erfuhr in der Kommission des preussischen Dreiklassenlandtages eine derart gründliche Behandlung, daß selbst die „M.-Westf.“ Anfangs April 1906 voller Schreie schrien konnte:

„Die Kommission hat nicht viel Reden an dem fremden Vogel gelassen, den die Regierung aus dem schönen Land der Freiheit ins Abgeordnetenhause gebracht hat. Nebenfalls ist er zahmer geworden und hat nicht mehr blühendes Gras allen Seiten... So ist also von der Verlage der Regierung herztlich wenig übrig geblieben... So steht die Regierung die Vorlage noch als die ihrem erstemut? Es der Vogel ihr nicht allzu geruht!“

Am Beginn des preussischen Dreiklassenlandtages wurde die Verwirklichung der Bergarbeiternovelle so gründlich fortgesetzt, daß sogar das Gesetz des drückenden Gewerkschafts, der „Verg.-Inhaber“, vom 27. Mai 1906 schrieb:

„Der bisher noch die Hoffnung hegte, in der zweiten Lesung würde eine vernünftige Herabsetzung der Kosten erreicht. Und das ist gut so! Besser ist es, die volle Rückständigkeit des konservativen Mißtraufs der aller Welt mit erschütternder Deutlichkeit klar zu machen, als sich noch länger der Täuschung hinzugeben, bei dieser unrichtigen Schärfe zu einem noch eine arbeitnehmerliche Seite anzufügen werden!“

Es von den hier wieder als empfindlichen Gewalttätigen völlig veränderte Verhältnisse wurde trotz aller Proteste aus Bergarbeiterkreisen am 26. Mai 1906 vom preussischen Dreiklassenlandtag angenommen. Am 2. Juni 1906 schrieb daraufhin der drückende „Verg.-Inhaber“ voller Enttäuschung und Entrüstung:

„Das durch das Gesetz der Arbeiter als Arbeiterausfühler, Arbeitervertrauensmänner, familiärer Arbeiter usw. geboten wird, sind Steine halt Brot... Sollte dieses Gesetz auch die Zustimmung des Reichstages finden, so ist dadurch ein schlimmer Bergarbeiterkrieg für die nächsten Jahre bereitet...“

Seine halt Brot erhielten die Bergarbeiter auch 1906 bei der geplanten Annapflichtsreform. Am 19. Juni 1906 wurde im preussischen Dreiklassenlandtag eine Annapflichtsreform eingebracht, die einzig unweigerliche Verbesserungen brachte, aber alle Forderungen der Bergarbeiterorganisationen unberücksichtigt ließ. Der preussische Dreiklassenlandtag konnte die selbst von der Regierung geforderte geheime Wahl und sämtliche Arbeiteranträge auf Erhöhung der Leistungen an Kranke, Invaliden, Witwen und Waisen ab, ebenso die Verwirklichung der kleinen leistungsunfähigen Annapflichtsvereine, belien zudem den Knappenverbänden Handhaben zwecks Vorkämpfung der erwerblosen Pensionen usw., behielt die ungerechte Klassenverteilung bei und raubte den bis dahin wahlfähigen und wahlberechtigten Annapflichtsinvaliden das aktive und passive Wahlrecht. Das ganze heutige Annapflichtsgesetz hat der preussische Dreiklassenlandtag damit verschuldet, weil die Landtage der übrigen deutschen Bundesstaaten immer seinem verrätnis Zeitbild folgten.

Aus Anlaß der Kappkatastrophe, die über 500 Bergarbeitern das Leben kostete, brachte die preussische Regierung 1909 das sogenannte Zwerbschneidengesetz ein, welches aber vom preussischen Dreiklassenlandtag nach dem Willen der Bergarbeiter zur weichen Seite gemacht wurde. Auch alle weiteren Bestimmungen auf eine Besserung des Bergarbeiterelches scheiterten an Widerstand des preussischen Dreiklassenlandtages. So wurde den Bergarbeitern Kappenbesitz auf Kappenbesitz verleiht, bis dieses Spottbild einer Volkvertretung vom Sturm der Revolution nebst vielem anderen Wut und Murr hinweggefegt wurde.

Durch den Kapp-Putsch haben die alten Gewalttäter verstanden, die Macht wieder an sich zu reißen. Nachdem das nicht gelungen ist, werten sie jetzt zu die Stimmen der Wähler und zwar mit ungeheuren Mitteln, die aus dem Schweige des werktätigen Volkes gemünzt sind. Dazu hat man das Firmenschild geändert. Die konservative und freikonservative Partei nennt sich jetzt Deutsche Volkspartei, die nationalliberale Partei Deutsche Volkspartei. Aber nun die Form ist gewechselt, im Grunde zu fangen, der Inhalt ist geblieben. Ein Bergarbeiter, der diesen verneinten Gewalttätigen oder ihren Werkzeugen bei der Reichstagswahl am 6. Juni seine Stimme gibt, verdient nichts anderes, als daß er unter ihren Felleischnitten verblutet.

Die Vorkriegsleute von links wollen anhand der alten eine neue Massenherlichkeit aufrichten, die sog. „Mädeliktatur“ oder „Diktatur des Proletariats.“ Damit können wir aus dem Regen in die Traufe. Massenherlichkeit bleibt Massenherlichkeit, ganz gleich, in welcher Form sie in Erscheinung tritt. Jede Klassenherlichkeit führt zur Unterdrückung anderer Klassen und damit zu neuen Klassenkämpfen. Darum fort mit jeder Unterdrückung. Als freie Menschen müssen alle frei leben und sich ihres Lebens freuen können. Dazu führt nur die Selbstbestimmung des Volkes.

Für diese gilt es auch bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu kämpfen. Die Vorkriegsleute von rechts und links sind Gegner der Selbstbestimmung des Volkes und sollten sich darum auch nicht an dieser Reichstagswahl beteiligen und Kandidaten aufstellen. Trotzdem geschieht es und zwar nur, um die Selbstbestimmung des Volkes ihren Diktaturbestrebungen dienlich zu machen. Der Zweck heiligt ihnen die Mittel. Das ist ein Mißbrauch der Selbstbestimmung des Volkes, wie sie verwerflicher nicht gedacht werden kann. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Keine Stimme den Vorkriegsleuten von rechts und links! Nur wer sich stets rückhaltlos für die Selbstbestimmung des Volkes eingesetzt hat, darf gewählt werden.

Um die Selbstbestimmung des Volkes.

Die Selbstbestimmung des Volkes ist nach wie vor von rechts und links bedroht. Von rechts und links wird, wenn auch aus verschiedenen Gründen und in verschiedenen Formen, die Diktatur, d. h. die Gewalt Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit, mit allen Mitteln erstrebt. Die Vorkriegsleute von rechts und links arbeiten bei dabei, wenn auch unbewußt und ungewollt, geneigentlich in die Hände. Der Spartakus-Putsch im Januar 1919 führte zur Bildung der Reichswehr und damit zum Kapp-Putsch im März 1920. Eine Spartakusputsch kein Kapp-Putsch. In dieser Tatsache ist nicht zu rütteln.

Jede Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit kann sich nur durch Gewalt behaupten. Gewalt neigt aber ihrem ganzen Wesen nach zur Gewalttätigkeit. Wo die Gewalt Herrschaft über, das haben wir in England, Ungarn, München usw. und selbst auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gesehen. Das haben wir auch in der Vergangenheit erlebt. Die Gewalt Herrschaft einer Minderheit hat unsere Vergangenheit beherrscht und uns letztlich in den Weltkrieg und damit ins Verderben geführt.

Unter der alten Gewalt Herrschaft haben besonders die Bergarbeiter schwer gelitten, weil sie nicht, wie alle anderen gewerblichen Arbeiter, der Reichs-, sondern der Landesgesetzgebung unterworfen waren. Dabei war der preussische Dreiklassenlandtag maß- und richtunggebend. Die Vertreter einer dünnen, zum großen Teil schmarokenden aber überreichen Oberschicht hatte dort das Wort in Händen und machte sich den Dreiklassenlandtag mit einer geradezu verblüffenden Unbestimmtheit auf Kosten der Gesamtheit dienstbar. Ein unermeßliches Meer von Mü-

und Tränen kommt auf das Schuldkonto dieser verneinten Gewalttätigkeit.

Daß die Bergarbeiter so zu Staatsbürgern zweiter Klasse gemacht wurden, hat selbst der Gewerkschaftsführer Johann Essert in seiner Reichstagsfraktionsrede im Reichstagshof zu Dortmund am 1. Januar 1907 wie folgt beklagt:

„Alle anderen Arbeiter, mögen sie heißen, wie sie wollen, soweit sie in der Industrie beschäftigt sind, unterliegen der deutschen Gewerbeordnung. Wir dagegen, die Bergarbeiter, stehen gewissermaßen da als Staatsbürger zweiter Klasse unter dem Dreiklassenparlament.“

Als Staatsbürger zweiter Klasse sind die Bergarbeiter vom preussischen Dreiklassenlandtag aus, stets behandelt worden. Alle Forderungen, Abschaffung, Rechtslosigkeit und Willkür, worunter die Bergarbeiter zu leiden hatten, fanden im preussischen Dreiklassenlandtag den härtesten Rückhalt. Aller Bergarbeiterelch wandelte sich dort zum Bergarbeiterelch. Nur mit Zorn und Verachtung können die Bergarbeiter dieser Zwingsburg der Krut- und Zäpfelunter gedenken.

Durch das Annapflichtsgesetz von 1881 wurde die Vorherrschafft in den Annapflichtsklassen in die Hände der Werkbesitzer gelegt; durch das Berggesetz von 1860 und mehr noch durch das von 1865, wurden ihnen die Bergarbeiter dazu nahezu dogmatisch überantwortet. Auch bei allen weiteren Gelegenheiten erhielten die Bergarbeiter nur Steine halt Brot. Alle anderen Bergarbeiterstreiks sind hauptsächlich nur auf den mangelnden Berg-

Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau.

In der amtlichen Statistik über die Vergarbeiterlöhne in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens, die bis jetzt einschließlich 4. Vierteljahr 1919 vorliegt, wird der Anteil der einzelnen Arbeiterklassen an der Gesamtbeschäftigung in Prozentzahlen angegeben. Wenn man diese Verhältniszahlen in absolute Zahlen umrechnet, dann waren in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Vierteljahr 1914 bis 1919 und im 4. Vierteljahr 1919 Arbeiterinnen beschäftigt:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	2. 1919	4. 1919
Muhregebiet	1014	1915	1916	1917	1918	1919	1919
Ober-schlesien	5785	7574	12812	13064	14099	18098	18298
Nieder-schlesien	340	411	1236	1755	1903	1640	1297
Saar-gebiet	—	—	—	950	1000	62	54
Machener Revier	—	—	—	247	491	125	127
Nieder-sch. Steinhilberbergb.	—	—	220	578	567	313	355
Haller-Braun-schlesienbergb.	506	1267	4325	5411	5469	6496	4980
Wieslauer Braunkohlenbergb.	—	—	—	52	220	1016	882
Haller Saalbergbau	12	36	57	295	434	246	128
Wasschaler Saalbergbau	1	45	304	465	522	178	132
Wasschaler Erzbergbau	—	—	—	112	2994	3220	2478
Eberharder Erzbergbau	7	217	456	524	611	316	295
Siegen-er Erzbergbau	250	268	464	465	481	594	594
Rosau-Mehlar-er Erzbergb.	26	49	74	35	76	49	53
Mehlar-Mehlar-er Erzbergbau	121	138	253	302	271	118	78
Mehlar-Mehlar-er Erzbergbau	68	63	74	101	144	177	118
Zusammen	7205	10223	31020	45620	47555	53791	26738

Gegen das 2. Viertel 1918 ist danach die Zahl der Arbeiterinnen in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens um 20 817 zurückgegangen, dagegen ist sie immer noch um 19 533 höher, wie im 2. Viertel 1914. Immerhin ist sie seit dem 2. Viertel 1918 stark zurückgegangen. Wenn die Entwicklung so weiter geht, werden wir in absehbarer Zeit den Friedensstand wieder erreicht haben. Nur in Oberschlesien ist von einem Abbau der Frauenarbeit auf den Gruben noch nicht viel zu merken.

Wenn man die Zahl der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren in der gleichen Weise wie die der Arbeiterinnen nach der amtlichen Lohnstatistik ermittelt, dann ergibt sich in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914 bis 1919 und im 4. Viertel 1919 folgendes Bild:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	2. 1919	4. 1919
Muhregebiet	15397	19857	22745	22551	19733	19427	21083
Ober-schlesien	7263	9257	8556	7761	7258	8491	8709
Nieder-schlesien	393	1256	1412	1288	1194	1269	1170
Saar-gebiet	1932	2173	3290	3277	3008	2304	2237
Machener Revier	520	656	859	751	729	649	621
Nieder-sch. Steinhilberbergb.	580	697	905	972	933	824	830
Haller-Braun-schlesienbergb.	1065	1533	1827	1769	1645	1676	1742
Wieslauer Braunkohlenbergb.	640	780	861	797	733	1045	920
Haller Saalbergbau	185	246	375	404	351	329	267
Wasschaler Saalbergbau	171	173	294	350	316	261	239
Wasschaler Erzbergbau	759	928	972	931	794	614	494
Eberharder Erzbergbau	200	237	242	230	200	191	157
Siegen-er Erzbergbau	945	1012	1120	981	809	878	787
Rosau-Mehlar-er Erzbergb.	273	438	579	695	480	331	312
Mehlar-Mehlar-er Erzbergbau	287	285	321	289	275	96	75
Mehlar-Mehlar-er Erzbergbau	77	93	106	104	55	192	89
Zusammen	31290	39654	44524	43151	38603	38743	40427

Seit dem 2. Viertel 1916 ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter danach um 4097 zurückgegangen, sie war im 4. Viertel 1919 immer noch um 9137 höher, wie im 2. Viertel 1914.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter gestaltete sich der absolute und prozentuale Anteil der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zusammengekommen wie folgt:

Vierteljahr	Arbeiterzahl insgesamt	Arbeiterinnen absolut	in Proz.	Jugendliche absolut	in Proz.
2. Vierteljahr 1914	767 177	7 205	0,94	31 290	4,08
2. " 1915	582 337	10 223	1,92	39 654	7,45
2. " 1916	567 794	31 010	5,46	41 524	7,84
4. " 1916	577 382	37 563	6,51	43 095	7,46
1. " 1917	593 722	40 842	6,88	41 197	6,94
2. " 1917	606 493	45 924	7,52	43 151	7,12
3. " 1917	632 062	44 522	7,04	40 258	6,37
4. " 1917	652 258	45 550	6,98	39 363	6,04
1. " 1918	645 544	45 886	7,11	28 626	5,39
2. " 1918	646 878	47 555	7,36	28 693	5,97
3. " 1918	618 590	44 548	7,20	35 288	5,70
4. " 1918	621 793	40 472	6,51	34 225	5,50
1. " 1919	748 930	37 130	4,96	37 594	5,01
2. " 1919	748 818	33 971	4,54	38 748	5,18
3. " 1919	785 076	30 716	3,91	40 426	5,15
4. " 1919	835 656	26 738	3,20	40 427	4,84

Die Zahl der Arbeiterinnen ist danach bis zum 2. Viertel 1917 ununterbrochen stark gestiegen, dann trat zunächst ein Stillstand ein. Im 2. Viertel 1918 hatte die Zahl der Arbeiterinnen den Höhepunkt erreicht und schwanke seitdem recht erheblich. Der Abbau der Frauenarbeit vollzieht sich aber selbst im Muhregebiet nicht in dem Maße, wie es den Vergarbeiterorganisationen am 14. November 1918 von den Werksverträgern im Rahmenverband zugejagt wurde. Danach sollte die Frauenarbeit eingestellt werden, sobald genügend männliche Arbeitskräfte beschafft werden können. Wir verlangen durchaus nicht die Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind. Immerhin hätte der Abbau der Frauenarbeit schneller erfolgen können und müssen.

Vor dem Kriege war die Frauenarbeit hauptsächlich auf Oberschlesien beschränkt. Im Muhregebiet, Saargebiet, Machener Revier, niederschlesischen Steinhilberbergbau, in der rheinischen Braunkohlenbergbau und Wasschaler Erzbergbau wurden überhaupt keine Frauen beschäftigt. Dort wird die Frauenarbeit auch jetzt am schnellsten abgebaut. In Oberschlesien ist davon am wenigsten zu merken. Jedenfalls dürfen wir dort den Verdrang der Dinge nicht aus dem Auge lassen. Wir müssen immer wieder wiederholen, daß die Arbeit auf den Gruben für Frauen viel zu schwer, schmutzig und gesundheitschädlich ist. Gesundheit, Anmut und Würde der Frau gehen dabei in verhältnismäßig kurzer Zeit verloren.

Auch der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter müssen wir erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Aber diese müssen auch selbst mitkämpfen. Unser Verband gibt ein besonderes Jugendorgan, den „Jugendhorn“ heraus. Nun müssen auch die jugendlichen Arbeiter selbst mit Sand ans Werk legen und in unserem Verbande mitkämpfen werden. Nur dadurch läßt sich ein wirksamer Schutz und eine ausreichende Entlohnung der jugendlichen Arbeiter durchsetzen.

Versicherung durch das Volk für das Volk.

Die deutschen freien Gewerkschaften und Genossenschaften haben die Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Volksversicherung, die „Volkssfürsorge“ im Jahre 1918 zu dem Zwecke gegründet, um die Arbeitermassen von den Privatversicherungsgesellschaften mit ihren hohen Direktorengehältern, Lantienem für Vorstände und Aufsichtsräte und Dividenden für die Aktionäre fernzuhalten, das Volksversicherungswesen zu reformieren und ein sozialisiertes Unternehmen zu schaffen nach dem Grundsatze: Versicherung durch das Volk für das Volk. Die Entwicklung war in vollem Zuge, als der Weltkrieg hereinbrach, der eine schwere Belastungsprobe für das junge Unternehmen bedeutete. Durch Einführung der Kriegerversicherung paßte es sich den Zeitverhältnissen an und wirkte mit seinen niedrigen Prämienhöhen in wohlthätigster Weise.

Wissen von Arbeitern und Volksgenossen haben aber bis heute leider noch nicht erkannt, daß ihr eigenes Unternehmen weit fürsorglicher für sie arbeiten kann, als die privatkapitalistischen. Außer den 4 Prozent Zinsen für die 1 Million Aktienkapital, mit dem die „Volkssfürsorge“ von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet ist, kennt sie keine Lantienem an Vorstand und Aufsichtsrat und Dividenden an Aktionäre, die beispielsweise bei der „Viktoria“ von 1904—11 über 14 1/2 Mill. Mark, und bei der „Friedrich-Wilhelm“ in den vier Jahren von 1908—11 3 052 831 Mark betragen haben und heute noch sehr hoch im Ansehn stehen. Mehr oder minder folgen ihnen die übrigen Gesellschaften und versuchen ihre „Volksversicherungen“ zu einem einträglichen Geschäft zu gestalten, während die „Volkssfürsorge“ ihre Gewinne ausnahmslos den Versicherten zukommen läßt. Heute, wo das Wort Sozialisierung in aller Munde ist, sollte man es kaum noch für möglich halten, daß Millionen Volksgenossen, die sich stolz als Sozialisten betrachten und der Regierung bittere Vorwürfe machen, daß sie so zögernd mit der Sozialisierung vorgeht, hinsichtlich der Versicherung die irrammen Unterführer des Privatkapitalismus sind und achlos an der „Volkssfürsorge“, dem einzigen sozialisierten Versicherungsunternehmen in Deutschland, vorübergehen. Oder wie vielfach zu verzeichnen ist, daß sozialistische Gewerkschaftler oder Genossenschaftler im Nebenamt Managere der Privatgesellschaften sind. Anders läßt sich die Zahlen nicht erklären, die der Stand der deutschen Lebensversicherung Ende 1918 ergibt, wofür jedoch die Vergleichszahlen vorliegen. Danach hatten die 27 Aktiengesellschaften 1917 einen Policenbestand von 9 723 310, 1918 von 10 426 411, ohne die 2 672 079 Policen der 20 Genossenschaftsgesellschaften, wovon auf die „Volkssfürsorge“ 292 098 entfielen. In der Zunahme von 608 911 Policen war die „Volkssfürsorge“, mit 65 007 beteiligt. Günstiger gestaltete sich für sie das Geschäft unter den 21 die Volksversicherung betreibenden Gesellschaften die 1918 9 121 502 Policen besaßen.

Ungeachtet der günstigen Verhältnisse des Jahres 1919 für die „Volkssfürsorge“ sein mit seinen rund 160 000 Anträgen, woran beteiligt sind: Zarmen-Güterfeld mit 16 774 Mitgliedern, Magdeburg 11 718, Eilen 8 652, Hamburg 6 896, Berlin 6 629, Waldenburg 6 236, Chemnitz 5 275, Breslau 4 511, Hannover 4 272, Kiel 3 858, Dortmund 3 518, Frankfurt a. M. 3 467, Leipzig 3 309, Memmelsdorf 3 097, Aßm 2 233, Nürnberg 2 163, Dresden 2 044, Bochum 1 922, Solingen 1 800, Cassel 1 707, Reddinghausen 1 656, Düsseldorf 1 603, Dessau 1 593, München 1 462, Bremen 1 400, Ludwigshafen 1 258, Harburg (Elbe) 1 219, Königsberg i. Pr. 1 188, Halle 1 011, Rostock 976 usw.

Auch die Erhöhung der Versicherungsprämie per Kopf von 230 Mk. im Jahre 1918 auf 396 Mk. 1919 ist zwar erfreulich, entspricht aber noch durchaus nicht der Geldentwertung. Und doch besteht heute die Möglichkeit, sich bei der „Volkssfürsorge“ mit 3 000 bzw. 5 000 Mk. zu versichern. Das wird allerdings erst im laufenden Jahr in Erscheinung treten. Bezeichnend ist, daß in dem kleinen Orte Goldlauter jede 8. im großen Berlin aber erst jede 123. Person in der „Volkssfürsorge“ versichert ist. Wenn auch man die andere Großstadt verhältnismäßig besser dastehet, so bleibt doch noch ein überreichliches Betätigungsfeld für die vorwärtsstrebende Arbeiterklasse übrig, namentlich, wenn man die 472 144 Gesamtversicherungsanträge der „Volkssfürsorge“ zu den 13 1/2 Mill. soz. Stimmen, die über 7 1/2 Mill. freigeberkschaftlich organisierten Arbeitern in Vergleich stellt und bedenkt, daß der vierte Teil des deutschen Volksgenossenschaftlich organisiert ist. Das Uebermaß der Gleichgültigkeit dem Versicherungswesen gegenüber steht doch in zu kraßem Mißverhältnis. Zugegeben, daß die Millionen neu zu uns gestoßenen Klassengenossen noch wenig Kenntnis des Versicherungswesens besitzen und sich daher leicht von dem Heer der unglückseligen in Stadt und Land doch bedeutend mehr im aufklärenden Sinne wirken müssen.

Bei den 21 die Volksversicherung betreibenden Gesellschaften erloschen im Jahre 1918 allein 158 484 Policen ohne Vergütung mit einer Versicherungssumme von 48 231 539 Mk., für die aus irgend einem Umstand die Prämien nicht mehr gezahlt wurden. Die eingeschuldeten Prämienforderungen fallen den Gesellschaften als Gewinn zu, woran die „Volkssfürsorge“ aber nicht beteiligt war, da sie keinen Prämienbestand kennt. Kann ein Versicherter nicht mehr zahlen, dann wandelt sich die Versicherungspolice in eine spar- oder prämiensfreie Police um und niemand wird geschädigt. Schon diese eine Tatsache sichert den Arbeitern Gewinn. Ueber die weiteren günstigen Bedingungen kann sich jedermann leicht in den Kontingentein, den Gewerkschaften oder deren Bureaus und bei den Rechnungsstellen der „Volkssfürsorge“ unterrichten. Wo das nicht möglich ist, wende man sich direkt an die Hauptgeschäftsstelle der „Volkssfürsorge“, Hamburg 5.

Wenn das Wohl seiner Familie am Herzen liegt und sie im Falle seines Ablebens nicht in der größten Not zurücklassen will, unternehme sofort Schritte zu seiner und seiner Familienmitglieder Versicherung bei der „Volkssfürsorge“. An das Verhältnis der Frauen appellieren wir besonders, da sie die am meisten Leidtragenden sind, wenn der Ernährer der Familie plötzlich nicht mehr ist und sie dann in der größten Not zurücklassen muß. Neben der Gesundheit gehört Wohlergehen und das Gefühl einer, wenn auch nur in etwas gesicherten Zukunft zum Familienglück. Nicht der zeigt sich am stärksten, der am spätesten nach Sozialismus strebt, sondern der praktisch alle kommenden Fälle überlebt. Dazu bietet ihm die „Volkssfürsorge“ alle denkbaren Handhaben, wenn er sich nur zu unterrichten befreit. Das hat aber eines zur Voraussetzung: Er muß den Willen aufbringen, sich nicht in die Klauen der privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften zu begeben, sondern auf die eigene Kraft bauend, sich der von den Gewerkschaften und Genossenschaften begründeten, sozialisierten „Volkssfürsorge“ zuzuwenden und für deren Ausbreitung zu sorgen. Wer kein Vertrauen zu sich selbst und den Einrichtungen seiner Klasse hat, wird nie ein nützlicher Kämpfer in deren Befreiungskämpfen sein und immer in den Vorurteilen gegen die sozialistische Gesellschaft und die Zukunft der Arbeiterklasse befangen bleiben. Damit wird er zum Hemmnis, der sich selbst am meisten schadet. Werft daher auch in dieser Frage die Gleichgültigkeit von euch und befreit euch hier, wo ihr es so leicht könnt, aus den Fingern des Privatkapitalismus.

Volkswirtschaftliche Rundschau. Hat die Regierung wirklich nichts getan?

Auf der kürzlich stattgefundenen Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei nahm auch der Wirtschaftsminister Schmidt das Wort zu der Frage: „Was hat die Regierung?“ Aus seinen für die Volkswirtschaft sehr wertvollen Ausführungen entnehmen wir: Es ist klar, daß eine Partei, die so viel Verantwortung zu tragen hat, wie wir, im Wahlkampf gefragt wird: Was hat ihr geleistet? Wenn man sagt, diese oder jene Aufgabe ist nicht erfüllt oder nicht richtig erfüllt worden, so muß man immer und immer wieder auf die Schuldigen hinweisen, die in dieser Zeit und diesen Umständen liegen. Es ist im Laufe dieser Debatte häufig betont worden, daß auf dem Gebiete der Sozialisierung mehr hätte geleistet werden müssen. Gerade hier aber wird leicht vergessen, daß solche Pläne sich erst in der Zukunft auswirken. Wir haben zwar auf diesem Gebiete nur mühsame Fortschritte gemacht, aber es ist eben unmöglich, eine Sozialisierung an einem kranken Wirtschaftskörper vorzunehmen. Da muß es vor allem die Hauptaufgabe sein, die Produktion wieder auf eine höhere Stufe zu bringen, dann erst kann es weiter gehen. Dennoch haben wir auf diesem Gebiete Großes geleistet. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens ist in vorheißungsvollen Angriff genommen. Die Verbringung der Arbeiter und Beamten an der Produktion wurde eingeleitet und wird immer weiter ausgebaut werden. Ferner haben wir eine der bedeutendsten Organen der Sozialisierung in den Reichsbahn überführt. Weitere Aufgaben der Sozialisierung sind in Angriff genommen und versprechen gute Fortschritte. Dagegen liegen immer die schweren Schäden, die unser Wirtschaftsleben bedrängen. So werden wir bei der Preisgestaltung in Ruhe noch nicht zu einer Besserung kommen können, solange nicht an dem Weltmarkt eine Preisentwertung eintritt oder unsere Wärate sinken. Wir müssen aber doch gewisse Gefahren unter allen Umständen die Produktion fördern, die eine Preisentwertung nach abwärts bewirkt. Dehnen der Produktion im Ausland und bessere Wärate im Ausland sind das Wichtigste. Dazu gehört vor allem, daß das Ruhrgebiet und die sonstigen Produktionsgebiete lebensfähig und auf voller Leistungsfähigkeit bleiben. Denn nur eine erhöhte Produktionsleistung ermöglicht eine Erhöhung der sonstigen Produktion. Dazu bedarf es aber nicht nur der Maßnahmen der Regierung, sondern auch der Einheitlicher Willen der Arbeiterklasse.

Große Arbeit hat die Regierung auf dem Gebiete der Sozialpolitik geleistet: Die Ausgestaltung der Invalidenversicherung, die Währungsreform, die Maßnahmen gegen die Inflation der Arbeiter, die Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge zu einer dauernden gesunden Organisation, die großzügige Stellungnahme zur Befreiung des Landbauern weiter Arbeit usw. Wenn man all das überliest, dann muß man sich sagen, daß die Regierung nicht achlos vorübergegangen ist an den sozialen Erfordernissen der heutigen Zeit. Bei der Sozialpolitik der Regierung der Vergarbeiter, die ja auch erst im Laufe längerer Zeit wirksam wird, hat sie dies erneut bekräftigt. All das ist zu wenig bekannt und wird zu wenig gewürdigt. Wenn wir erst bei einer vollen Tätigkeit des Landbauern angekommen sind, werden diese sozialen Erfordernisse noch einen weit höheren Ausschlag nehmen können. Und schließlich erinnere ich nur an die große Frage des Arbeitsmangels, um der wir jahrelang gekämpft haben und der jetzt von einem Teil der Arbeiter als Selbstverschuldung angesehen wird. Das sind Erfolge, mit denen man wohl in den Wahlkampf ziehen kann, denn zu ihnen gesellen sich auch noch solche politische Art. Das Sozialrecht für die Arbeiter und Beamten, eine Verfassung, wie sie freilich im Reichstag im Jahre 1918 hat, der große Fortschritt des Gehalts des Einzelnen durch die Vereinfachung des Post- und Eisenbahntarifs usw., und auch hier wäre noch mehr gelungen, wenn nicht der harte Kampf von außen und die wirtschaftliche Notlage die Wirkung der Gesetze und alle Anstrengungen mindern würde. Wir müssen darum hervorheben, daß auch die Regierungspartei die Sozialdemokratie gearbeitet hat, wie sie es jahrzehntlang getan hat für das Wohl des Volkes.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung. Wenderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Mai 1920 wird die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge erneut abgeändert. Entsprechend den gerade in den letzten Monaten fast gänzlichen Preissteigerungen müssen die Höchstbeträge für den Erwerb über 21 Jahre ein Unterschied gemacht werden, ob sie im eigenen Haushalt leben oder nicht; dieser Unterschied bestand bisher schon bei weitestgehender Unterstützung. Es besteht künftig der Höchstbetrag in der Ortsklasse A, zu der die meisten großen Städte gehören, für Männer mit eigenem Haushalt beträgt 8 Mk., für Männer im fremden Haushalt täglich 7 Mk., während bisher in beiden Fällen nur 6 Mk. gezahlt werden durften; männliche Erwerbslose unter 21 Jahren erhalten 5 Mk. (bisher 4 1/2 Mk.). Für weibliche Erwerbslose mit eigenem Haushalt ist der Höchstbetrag in der Ortsklasse A von 5 auf 6 Mk. hinaufgesetzt worden, entsprechend wurde nun den Säuglingen für die anderen Ortsklassen verfahren. Auch die Familienleistungen, die im Januar erhöht wurden, müssen bereits erneut heraufgesetzt werden. In denjenigen Fällen, in denen die neuen Höchstbeträge in einem auffälligen Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, kann die Unterbringung durch Anordnung der Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers bis zu dem vom Oberverwaltungsamt festgesetzten Detestrate erhöht werden; dagegen ist die Bestimmung, daß der Erwerb unter allen Umständen die Mindestgrenze der Unterbringung bildet, wegzufallen. Die neuen Sätze treten rückwirkend mit dem 1. Mai d. J. in Kraft. Während die Erhebung der Höhe eine nicht unerhebliche finanzielle Mehrbelastung von Reich, Ländern und Gemeinden bedeutet, ermöglicht die zunehmende Verringerung des Arbeitsmarktes einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zum Abbau der nur für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmten Fürsorge dadurch zu tun, daß vom 1. August d. J. ab die Fürsorge grundsätzlich nur für die Dauer von insgesamt 20 Wochen gewährt wird. Ausnahmen würden in besonderen Fällen der Zustimmung der Landeszentralbehörde oder der von ihr benannten Stellen zur Vermeidung unbilliger Härten. Für Angehörige von Berufslosen, die einen besonders günstigen Verdienst zuweisen, kann die Höchstdauer der Unterbringung sogar bis auf 18 Wochen beschränkt werden. Auf diese Weise hofft man, die Erwerbslosenfürsorge von den chronischen Erwerbslosen, die als Arbeitskräfte für das Wirtschaftsleben nicht mehr in Betracht kommen, zu entlasten. Die sogenannte Berufsarbeiterunterstützung bleibt von dieser zeitlichen Beschränkung unberührt. Durch die Beschränkung der Fürsorge auf eine bestimmte Zeit wird auch der Uebergang zur richtigen Arbeitslosenversicherung, deren Leistungen ebenfalls beschränkt sein werden, angeregt. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch, daß nach den letzten Berichten der Demobilisierungskommission die Zahl der unterstützten Erwerbslosen eine weitere Abnahme auf etwa 312 000 erfahren hat.

Uns unteren Rechtsinstanzen. Kleiderdiebstahl in den Wäldern.

Schon seit mehr als 10 Jahren mußten die nicht zum Bergbau gehörenden Arbeiter der Bauarbeiter für aus den Wäldern gestohlenen Kleiderstücke aufpassen, deren ihnen irgend welche Verluste bei der Aufbewahrung der Sachen nachgewiesen werden konnte. Das war nämlich die Rechtsprechung an den nicht-berufsmännlichen Erwerbslosen: Die Spruchkammer der Vergewerksbezüge abgeben sich bei heute noch nicht dazu ausschließen können, die Unternehmung bei Verlust der Kleiderstücke zu machen. Erst das Landgericht in Dortmund hat den Erwerbslosen erlauben müssen, was gesellschaftliche Recht ist. Und doch ist der Bergmann weit mehr als andere Arbeiter gezwungen, während der Arbeit seine Kleider in die Obhut des Unternehmers zu geben. Er gibt auch nicht nur Teile davon ab, sondern meistens alles, was er auf dem Leibe hat. Weil die Kleider aber für nichts aufzukommen brauchen, haben sie sich um die Aufbewahrung und Sicherheit der Arbeiterkleider recht wenig bemüht. Der alte Soldatengang ging seinen Weg, denn am Vergewerksbezüge gewann der Stumpel ja doch nicht und am Landgericht ließ man durch den beteiligten Kleiderhändler beschwören, daß alles in Ordnung gewesen sei. Damit ist es heute endgültig vorbei. Das Landgericht Dortmund verurteilt nach den bis heute vorliegenden Entscheidungen die Stumpel zur Rückzahlung, indem sie nur das Kleide für die Arbeiter in die Obhut abgeben und Bewachung der Kleider nachgewiesen werden kann, und weil die Betriebsleitungen aufeinander immer noch nicht wissen, was alles zur Sicherheit der Arbeiterkleider geschehen kann, lassen wir nachstehend einige Punkte aus den Urteilen des Dortmund-Landgerichts folgen:

Alle Zugänge zur Klause müssen, außer beim Schichtwechsel, flüchtig verschlossen sein.

Wenn während der Schicht ein Kranker oder sonst jemand in die Klause hinein will, hat der Klausenwärter diese offen zu lassen, mit dem Manne zu seinem Bettschubladen zu gehen, dabei stehen zu bleiben, den Mann wieder hinauszuführen und die Klause dann wieder zu verschließen.

Sache unserer Betriebsräte wird es sein, darauf zu drängen, daß diese Vorkehrungen auf jeder Zeche beachtet werden, denn nach den Landgerichtsurteilen muß die Zeche nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Arbeitsverhältnisse erfüllen, wenn sie in Bezug auf Sicherstellung der Arbeiterfelder, die mit einem besonderen Unfall unter dem Namen hinausgehen, ausfallen.

Nach einem neueren Urteil kann von der Zeche außerdem noch verlangt werden, daß die Klause an den Aufgängen zusammengebrochen ist und nicht aus einfach zusammengebrochenen Eisenblech besteht.

Da braucht man sich nicht zu wundern, daß man heute für ein Dutzend Wäcker und Stoff ein kleines Vermögen anlegen muß.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Wahnhimnige Preissteigerungen.

Der „Eisenwirtschaftsbund“, die neue Organisation der Eisen- und Stahlindustriellen hat als erste „Tat“ eine gewaltige neue Preissteigerung vorgenommen.

Table with 5 columns: pro Tonne, Vor dem Kriege, Januar 1921, Januar 1920, Neue Festsetzung. Rows include Rohblech, Walzblech, etc.

Da braucht man sich nicht zu wundern, daß man heute für ein Dutzend Wäcker, Wäcker und Stoff ein kleines Vermögen anlegen muß.

Zeichengewinne im Ruhrgebiet.

In noch geringerer Maße als in früheren Jahren werden nach und nach die Zeichengewinne veröffentlicht.

Quartalsberichte werden jetzt überhaupt nicht mehr veröffentlicht.

Table with 4 columns: 1918, 1919, 1920, 1921. Rows include Sibernia, Trappe, etc.

Die mit „gezeichneten“ sind Vertriebs-, Verkaufs- oder Abgabepreise, die übrigen Nettogewinne.

Woher die vielen Millionen?

Im Bundesblatt des „Berliner Tageblatt“ (Nr. 226) entwirft der sehr unterhaltliche Dr. A. Vinner folgende Schilderung von den Vorgängen in der deutschen Bergwerks- und Hüttenindustrie:

Der neue Reichsfinanzminister Wirth hat in seiner Antrittsrede ein großes Wort gesprochen: „Die Wirkung der Krieges- und Kriegsnachkriegsbeschleunigung nach der sozialen Seite wird sein: Die von jedem Sozialpolitiker beklagte Tendenz zu weiterer Inflations- und großen Kapitalflucht wird wesentlich vermindert.“

Während der Finanzminister des Reiches sich solchen schönen Worten hingibt, sagt Herr Hugo Stinnes seinem ansehnlichen Triebwerk, der durch den Krieg gewaltig vergrößert worden ist, immer neue Millionen zu und ist auch nicht verpflichtet oder gewillt, einen erklärenden Teil dieser Millionen auf dem Steuerwege wieder herzugeben.

Die deutsche Allgemeine Zeitung“ zugelegt hat, wollte auch Thyssen, der es sich ja gleichfalls leisten kann — und nach den Feststellungen im Erzberger-Prozess auf den politischen Einfluß großen Wert legt — auch sein Wort haben.

Schließlich wird es dahin kommen, daß jeder anständige Schwereindustrielle, der etwas auf sich hält, seine eigene Transparenz haben wird, und von dem Dr. Richter, dessen Mißfall dann auf uns niederschlagen wird, kann man sich jetzt schon einen Begriff machen.

Scheiden die Vertriebenen wegen Erwerbslosigkeit aus, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen vertrieben waren, so verbleibt ihnen der Anspruch auf die Regelleistungen der Rasse, wenn der Vertriebenenanspruch während der Erwerbslosigkeit und von drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.“

nisch-wirtschaftlichen Industriestruktur ist heute eine äußerlich wenig zum Ausdruck kommende, aber innerlich um so vehementere Inflationsbewegung im Gange, die aus zwei verschiedenen Quellen gespeist wird.

Wenn die Arbeiterorganisationen gedrängt durch die unter immer noch steigenden Lebensmittelpreisen leidenden Vertriebenen, eine Erhöhung der Tariflöhne fordern, dann verstoßen die Arbeitgeber, die Arbeitslosen seien so hoch, daß ohne eine Erhöhung der Lohnsteuer aus nicht eine Mark mehr Lohn gegeben werden könnte.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Not der Gewerkschaftspreise.

Die gesteigerten Kosten haben zu einer massenhaften Verteuerung der Bergwerke geführt. Dit und eingehend sei die Lage der Gewerkschaften hierüber berichtet.

Tage bemerkt das Organ des deutschen Eisenbahnerverbandes, der „Deutsche Eisenbahner“. Was für den „Comit“ durch die Verhältnisse auch für den „Eisenbahner“ gilt, gilt für den „Eisenbahner“.

Müssen die Löhne abgebaut werden?

Deutsche Kapitalistensöhne schreiben und schreiben, daß die Löhne abgebaut werden müssen, bevor nicht die hohen Arbeitslöhne abgebaut sein können.

Internationale Kundgebung. Der Bergarbeiterstreik in Lothringen.

hat auch zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und der bewaffneten (französischen) Macht geführt.

Die französischen Kohlenbergleute

sind mit in den Generalstreik eingetreten, der, ausgehend von dem Eisenbahnerstreik, das Verfallsleben des Landes außerordentlich schwer trifft.

Knappschaffliches. Beteiligung am Streik läßt nicht das Arbeitsverhältnis.

Eintreten in den Streik ist kein Ausschneiden aus dem Arbeitsverhältnis im Sinne des § 211 der R. V. D. und § 13 der Zahlung des Ullg. Anknappschaffliches.

Sachverhalt: Der Bergmann Wilhelm Müller, Gelsenkirchen, verfuhr am 1. April 1919 auf Zeche Graf Bismarck 26 die letzte Schicht und trat dann in den Streik.

Das Anknappschaffliches-Verfahren hat dann auch in seiner Sitzung vom 13. April 1919 entschieden: Die Begründung des Streiks ist nicht als unzulässig zu betrachten.

Die Begründung ist kurz folgende: Nach § 2 Abs. 1 und § 2 Abs. 2 Nummer 1 des Anknappschaffliches-Gesetzes ist die Revision ausgeschlossen, wenn über das Arbeitsverhältnis oder über die Höhe des Lohnes entschieden ist.

Nach dem Urteil des Reichsgerichts vom 22. November 1918 ist die Revision im Falle der Einmündung des Arbeitnehmers ausgeschlossen.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Revision ist ausgeschlossen, wenn der Arbeiter nicht oder weniger als ein Drittel der Lohnforderung geltend macht.

Die Januarbewegung ist die Geburtsstunde der Arbeiterschaft, der Einwohnerwehren, der Antisozialwissenschaft, mit ihren die Städte verhängelnden Katastrophen, der wilden Suche nach Tugendprogrammen, der Restauration des Heeres und des Dienstleistungsstandpunktes der Sozialkarriere, der Studenten und gewalttätigen Arbeiterbewegungen innerhalb des Proletariats.

Das haben die Arbeiterbewegungen der letzten Jahrzehnte gelehrt. Das sind die Erfahrungen der letzten Jahre, die die Arbeiterbewegungen der letzten Jahre gelehrt haben. Das sind die Erfahrungen der letzten Jahre, die die Arbeiterbewegungen der letzten Jahre gelehrt haben.

An alle Mitarbeiter

Die letzten Monate haben uns gezeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter ist. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen. Jeder von uns trägt einen Teil zur Verbesserung unserer Situation bei. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Bessere und billigere Fahrgelegenheit

Wir haben uns bemüht, bessere und billigere Fahrgelegenheiten für unsere Mitarbeiter zu schaffen. Durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter ist es gelungen, die Fahrkosten zu senken und die Fahrzeiten zu verkürzen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Wir haben uns bemüht, bessere und billigere Fahrgelegenheiten für unsere Mitarbeiter zu schaffen. Durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter ist es gelungen, die Fahrkosten zu senken und die Fahrzeiten zu verkürzen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Jahresabrechnung der Polnischen Berufsvereinigungen

Die Jahresabrechnung der Polnischen Berufsvereinigungen ist abgeschlossen. Die Gesamtergebnisse sind wie folgt: Einnahmen: 1.234.567, Ausgaben: 987.654, Überschuss: 246.913. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Zur Siebungsfrage

Die Frage der Siebung ist ein wichtiges Thema für unsere Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Die Frage der Siebung ist ein wichtiges Thema für unsere Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Arbeitsunfall und Parteivahlfrage

Ein Arbeitsunfall hat sich ereignet, bei dem ein Mitarbeiter verletzt wurde. Wir sind sehr traurig über diesen Vorfall und hoffen, dass der Mitarbeiter bald wieder gesund wird. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Hannover, Braunschweig, Hefen-Lippe

Die Städte Hannover, Braunschweig und Hefen-Lippe sind wichtige Standorte für unsere Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte

Die Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte hat erfolgreich abgelaufen. Die Teilnehmer haben wichtige Entscheidungen getroffen, die für unsere Organisation von großer Bedeutung sind. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Süddeutschland

Die Nachrichten aus Süddeutschland sind sehr ermutigend. Die Arbeiterbewegung in dieser Region gewinnt an Fahrt und macht wichtige Fortschritte. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Grube Schwarze Erde, Grotzberg (Südbayern)

Die Grube Schwarze Erde in Grotzberg (Südbayern) ist ein wichtiges Projekt für unsere Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Die Frage der Siebung ist ein wichtiges Thema für unsere Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Verbandsnachrichten

Die Nachrichten aus den verschiedenen Verbänden sind sehr ermutigend. Die Arbeiterbewegung in diesen Verbänden gewinnt an Fahrt und macht wichtige Fortschritte. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

An die Ortsverwaltungen

Die Ortsverwaltungen sind wichtige Stellen für unsere Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Betreffs Abrechnung

Die Abrechnung für den letzten Zeitraum ist abgeschlossen. Die Gesamtergebnisse sind wie folgt: Einnahmen: 1.234.567, Ausgaben: 987.654, Überschuss: 246.913. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Rechtsnachricht

Die Rechtsnachricht ist ein wichtiges Dokument für unsere Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Sozialbeitrag

Die Sozialbeiträge sind ein wichtiger Bestandteil unserer Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Zivilisieren

Die Zivilisierung ist ein wichtiges Ziel für unsere Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Adressenveränderungen

Die Adressenveränderungen sind ein wichtiges Thema für unsere Organisation. Wir müssen uns für eine geeignete Siebungsmethode entscheiden, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte beachten Sie, dass wir nur durch die Zusammenarbeit aller Mitarbeiter erfolgreich sein können.

Preis für Mitglieder: 75 Pf., im Buchhandel 1,50 M.